

Für eine ökologische Wende an den Hochschulen!

Im Dezember dieses Jahres findet die Weltklimakonferenz in Paris statt. Dort soll ein neues Weltklimaabkommen verabschiedet werden, welches das Kyoto-Protokoll ablösen soll. Nach dem Scheitern der Verhandlungen 2009 in Kopenhagen ist die Weltgemeinschaft nun gefordert, ein effektives und ambitioniertes Abkommen auf den Weg zu bringen, welches darüber hinaus fair und gerecht ist. Insofern kann 2015 als ein entscheidendes Jahr in der Klimapolitik angesehen werden.

Um das Ziel eines effektiven Abkommens zu erlangen sind vorrangig die klassischen Industriestaaten in der Pflicht. Durch die Emissionen innerhalb der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte haben diese eine historische Verantwortung zu schultern, welcher Tribut gezollt werden muss. Dies bedeutet, dass die am wenigsten entwickelten und die durch den Klimawandel am meisten betroffenen Länder in ihren Bemühungen zur Anpassung und zum Klimaschutz unterstützt und bei ihren klimabedingten Verlusten entschädigt werden müssen. Inselstaaten, deren territoriale Integrität durch den Meeresspiegelanstieg gefährdet ist, tropische Länder, über welche ein Taifun oder Hurrikan nach dem anderen hinwegfegt und zur Verwüstung führt, und auch die am wenigsten entwickelten Staaten, deren vordergründiges Ziel die Beseitigung der Armut ist, brauchen allesamt Unterstützung durch die Staatengemeinschaft. Hier ist internationale Solidarität von Nöten, diese Menschen dürfen nicht alleine gelassen werden. Jedoch gilt es ebenso, Emissionen im eigenen Land deutlich zu reduzieren. Hiervon dürfen auch die Universitäten, Hochschulen und Studierendenwerke nicht ausgelassen werden: Es braucht eine ökologische Wende hin zu „Green Campus“!

Wie im Allgemeinen müssen die Gebäude der Hochschulen durch Sanierungen und Wärmedämmungen energieeffizienter werden und die Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Zeitschaltpläne für die Beleuchtung und für sämtliche elektronische Geräte sollten eine breite Anwendung finden. Ebenso sollten die Hochschulen durch die Erzeugung regenerativer Energie infolge von Solaranlagen auf den Dächern der Hochschulgebäude und Windkraftanlagen auf Hochschulliegenschaften vorangetrieben werden, deren Erträge direkt in das Stromnetz der Campus eingespeist werden könnten. Des Weiteren sollte die Forschung in diesen Bereichen noch weiter verstärkt und intensiviert werden um den Green Campus zu verwirklichen und selbstverständlich auch allgemein für eine erweiterte Anwendung der verschiedenen umweltfreundlichen Techniken sorgen.

Darüber hinaus sollten alle Hochschulen und Studierendenschaften grundsätzlich den Besitz von Fonds in ihrer Bilanz bzw. Haushaltsübersicht ausschließen, die wiederum Aktien, Anleihen oder andere Vermögensanlagen enthalten, welche unökologisch oder unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Dieses „Divestment“ erfolgt bereits an einer Vielzahl an Universitäten weltweit, insbesondere in den USA. Auch wenn deutsche Hochschulen als staatliche Einrichtungen zumeist keine solchen Fonds besitzen, so könnten sie durch den generellen Ausschluss dessen ein klares Zeichen setzen.

Außerdem sollten die Hochschulen eine Eco Management und Audit Scheme (EMAS)-Zertifizierung anstreben, um ihre Umweltleistung zu verbessern. Durch die regelmäßige Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten, welche neben der ökologischen Perspektive natürlich auch soziale Aspekte berücksichtigen sollten, können der Fortschritt hin zu einem „Green Campus“ bewertet werden und Handlungsschwerpunkte identifiziert werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Mobilität. Der Fokus soll dabei auf umweltfreundlichen Verkehrsträgern liegen. So sollte insbesondere die Radverkehrssituationen an den Campus und in den Hochschulstandorten verbessert werden um Anreize für eine erhöhte Fahrradnutzung zu setzen. Insbesondere sollten ausreichend Fahrradstellplätze zur Verfügung stehen. Außerdem sollten Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und Umkleidemöglichkeiten vorhanden sein und weitere Anreize zur Fahrradnutzung gesetzt werden. Darunter verstehen wir auch die Aufstellung von Ladestationen für E-Bikes an den Campus und der Verleih von Lastenfahrrädern sowie die Ausweitung von Bike-Sharing-Konzepten an den Hochschulen. Auf diese Weise kann unter anderem die Abhängigkeit von PKWs als Transportmittel verringert werden. Ebenso sollten die Campus möglichst fußgängerfreundlich gestaltet sein um auf diese Weise deutliche Prioritäten gegenüber dem Individualverkehr mit PKWs zu setzen. Der Autoverkehr sollte möglichst von den Campus verbannt werden. Des Weiteren gilt es an solidarisch finanzierten Semestertickets festzuhalten und diese sowohl auf weitere Hochschulen als auch andere Statusgruppen auszuweiten, um adäquate Kostenstrukturen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu gewährleisten. So gelten auch hier die Forderungen nach neuen Angeboten in den öffentlichen Mobilitätsdienstleistungen und Alternativkonzepten. Da wir Mobilität für ein Grundrecht halten, fordern wir einen allgemeinen Zugang durch eine kostenlose ÖPNV-Nutzung und einen allgemein kostenlosen Schienenverkehr.

Wir wollen auch eine Wende in der Ausrichtung der Hochschulgastronomie. Bei dieser Wende muss die Effektivität der Maßnahmen, unter Berücksichtigung der Akzeptanz, die wesentliche Rolle spielen. Das Ziel dieser Bemühungen müssen unter anderem Angebote sein, welche gut schmecken, qualitativ hochwertig und weitere Verbraucherschutz- und Tierschutzforderungen erfüllen. Der Ausbau von weitgehend pflanzlichen Angeboten hat Priorität. Denn ein Blick auf die CO₂-Äquivalente bei konventionellen sowie biologisch erzeugten Produkten zeigt, dass die effektivste Maßnahme zur Vermeidung von CO₂-Äquivalenten nicht der Umstieg auf biologische Produkte ist, sondern vor allem die Vermeidung von tierischen Produkten angestrebt werden muss. Zudem ist der Flächenverbrauch bei pflanzlichen Produkten wesentlich geringer. Es steht fest, dass ein geringerer Konsum von Fleisch und Milchprodukten notwendig ist. Wir fordern daher eine Reduzierung von Fleischangeboten in Höhe von 40% innerhalb der nächsten 2 Jahre. Auch müssen biologische Angebote ausgebaut und wenn möglich regional bezogen werden. Denn Abseits des nicht immer eindeutig positiven Ergebnisses bei der Klimabilanz kann die regionale Wirtschaft gestärkt und eine größere Transparenz bezüglich der Herkunft und der Produktionsprozesse geschaffen und vor allem die Biodiversität unterstützt werden. Die Gäste der Studierendenwerke sollen auf den ökologischen Fußabdruck von Produktgruppen aufmerksam gemacht werden. Zwar wäre eine Umweltbilanzierung der einzelnen Speisen wünschenswerter, allerdings ist eine solche mit einem höheren Personaleinsatz und Aufwand verbunden, sie ist somit schwerer zu erreichen. Durch unterschiedliche Maßnahmen wie genauere Kalkulationen, Komponenten-Essen, die Möglichkeit zu kleineren und größeren Portionen sollen Essensreste vermieden werden. Auch können bisher nicht verkaufte Produkte zum Ende der Öffnungszeiten kostenlos oder preislich reduziert angeboten werden. Noch nicht angebrochene Lebensmittel sollen als „Reused-Food“ am nächsten Tag verwendet werden. Die gesetzlichen Regelungen zur Weitergabe von übriggebliebenen Lebensmitteln an Tafeln oder Bahnhofsmissionen sind auszuschöpfen. Essenreste sollen als Biomasse zur Energiegewinnung genutzt werden.

Weitere Maßnahmen umfassen smarte Recyclingsysteme an den Hochschulen durch entsprechende Stationen in den Gebäuden statt genereller Mülleimer, sodass zwischen den verschiedenen Wertstoffen differenziert wird. Hinzu kommt, dass an Laternen Kästen befestigt werden sollen, in welche Pfandflaschen hineingestellt werden können. Dies

verringert die Verschmutzung und vereinfacht die Abgabe der Flaschen. Außerdem sollten die Marketingkleidungen der Hochschulen ausschließlich faire und organische Produkte umfassen.

Des Weiteren sollten die Studierendenvertretungen selbst aktiv werden und durch Aktionen zum Thema Umwelt das Bewusstsein unter den Studierenden stärken und auf den „Green Campus“ mit hinarbeiten. Aktionen wie das „Stadtradeln“ können beispielsweise zum Anlass genommen werden um auf die klimafreundliche Mobilität und die Aktivität der Studierendenvertreter*innen in dieser Hinsicht aufmerksam zu machen.

Um all diese Aufgaben zu koordinieren, sollte an allen Hochschulen die Position einer*s Umweltbeauftragten geschaffen werden. Auf diese Weise können die Ziele aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus kann hierdurch eine Breitenwirkung erzeugt werden, die zu einem Bewusstseinswandel an der gesamten Universität und innerhalb der Gesellschaft führt.

Damit diese Ziele erreicht werden können, müssen insbesondere die finanziellen Bedingungen durch die Politik geschaffen werden. Nur auf diese Weise kann das Ziel von Green Campus umgesetzt werden. Jedoch sind ebenso die Hochschulen und Studierendenwerke selbst in der Pflicht. Dies ist essentiell um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, Klimagerechtigkeit zu erreichen und eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen!